

# Linke Rhein-Zeitung

Informationen und Meinungen der Gruppe DIE LINKE im Kreistag Rhein-Kreis Neuss

## Historisches zum Tag der Arbeit

Anfang 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags zum Generalstreik am 1. Mai auf – in Anlehnung an die Massendemonstration am 1. Mai in Australien, auf der bereits damals die Einführung des Achtstundentags gefordert worden war.

In einer Fabrik für landwirtschaftliche Geräte in Chicago erklärte sich zu dieser Zeit die Mehrheit der Arbeiter solidarisch gegen die Betriebsleitung, drohte mit Streik. Der Grund: Sie waren nicht zufrieden mit einem 12-Stunden-Tag, der einen Durchschnittsverdienst von 3 Dollar brachte – dafür bekam man im Jahr 1886 in einem Restaurant gerade mal ein mageres Abendessen.

Die Geschäftsleitung reagierte mit Massenaussperrungen und versuchte die nun 800 bis 1000 freien Stellen mit neuen Einwanderern zu besetzen. Durch die Kampagnen der *Sozialistischen Arbeiter-Zeitung* hatten sich jedoch nur 300 neue Arbeiter gemeldet, während in anderen Fällen Arbeiter vor der Fabrikpforte Schlange standen. Das kann heute als großer Sieg der Gewerkschaft gewertet werden.



Am Abend des 1. Mai 1886 hielt August Spies, Chefredakteur und Herausgeber der *Arbeiter-Zeitung*, auf einer Arbeiterversammlung auf dem Haymarket in Chicago eine Rede. Der Versammlung folgte ein mehrtägiger Streik in Chicago. Am 3. Mai kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei, zwei Demonstranten wurden getötet. Am folgenden Tag eskalierte die Gewalt: Nach der Stürmung der friedlichen Versammlung durch die Polizei warf ein Unbekannter eine Bombe, die einen Polizisten tötete und zahlreiche Polizisten wie auch Demonstranten verletzte. Sechs weitere Polizisten starben an den Folgen des Bombenanschlags. Beim anschließenden Gefecht, in die US-Geschichte als *Haymarket Affair* eingegangen, wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt, sieben Polizisten und über 20 der versammelten Arbeiter wurden getötet.

Acht Anarchisten, die die Kundgebung organisiert hatten, wurden festgenommen und der Verschwörung angeklagt. Vier von ihnen, darunter der Chefredakteur und Herausgeber der *Arbeiter-Zeitung*, Spies, wurden am Strang hingerichtet, einer beging in seiner Zelle Selbstmord. Die noch lebenden drei wurden sechs Jahre später begnadigt.

Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer des *Haymarket Riot* der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen. Am 1. Mai 1890 wurde zum ersten Mal dieser „Protest- und Gedenktag“ mit Massentreiks und Massendemonstrationen in der ganzen Welt begangen.

**weiter Seite 2, erste Spalte**

**DIE LINKE.**  
im Kreistag Rhein-Kreis-Neuss

**Herausgeber:**  
**Gruppe DIE LINKE**  
**im Kreistag Rhein-Kreis Neuss**  
**Hochstadtstraße 11**  
**41469 Neuss**

[dielinke-kreistag-rhein-kreis-neuss.de](http://dielinke-kreistag-rhein-kreis-neuss.de)



**Harald Farle (KTA)**  
**0176-49828236**  
[haraldfarle@aol.com](mailto:haraldfarle@aol.com)

**Hans-Wilhelm Grütjen (KTA)**  
**02131-85158**  
[gruetjen@humanistischelinke.eu](mailto:gruetjen@humanistischelinke.eu)

**Redaktion:**  
**Harald Farle**

**v.i.S.d.P: Harald Farle**

**Sonderausgabe 1. Mai 2010**



## Fortsetzung von Seite 1: Historisches zum.....

Im Jahr 1919 scheiterte der Versuch der Weimarer Nationalversammlung, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Für das Gesetz stimmten SPD, DDP und Teile des Zentrums. Die bürgerliche Rechte (DNVP, DVP) sowie weite Teile des Zentrums lehnten die Einführung des Tages der Arbeit als Feiertag ab. Der USPD ging das Gesetz nicht weit genug: sie forderte zusätzlich die Einführung des 9. November als Revolutionsfeiertag.

Gesetzlicher Feiertag wurde der 1. Mai ab 1933 durch die Nazis, als „Feiertag der nationalen Arbeit“. Am 2. Mai 1933 verboten die Faschisten die Gewerkschaften und die SA stürmte die Gewerkschaftshäuser. 1934 wurde der 1. Mai durch eine Gesetzesnovelle zum „Nationalen Feiertag“ erklärt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestätigte der Alliierte Kontrollrat den 1. Mai in Nordrhein-Westfalen ist der 1. Mai offiziell Feiertag als „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde“.

Seit 2001 gibt es den internationalen EuroMayDay. Sein zentrales Anliegen ist, den verschiedenartigsten Formen von Prekarisierung in Arbeit und Leben einen Ausdruck zu geben.



**Harald Farle – Kreistagsabgeordneter DIE LINKE im Kreistag Rhein-Kreis Neuss**

## Gesamtschule – Wir brauchen mehr davon

**Das heutige Schulsystem ist recht umfangreich. Es bietet Eltern die Möglichkeit, ihr Kind auf unterschiedliche weiterführende Schulen anzumelden.**

Zu wählen ist zwischen Hauptschule, der Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule. Nur der Zeitpunkt der Entscheidung ist ein wirklich schwieriger. Wer kann schon wissen, wie sich ein Kind nach der Grundschule weiterentwickelt. Nach dem vierten Schuljahr muss entschieden werden, welche Schulform das Kind besuchen soll. Bei einigen wenigen Kindern fällt es sicher nicht schwer. Der Großteil der Eltern ist sich aber sehr unsicher. Die Gesamtschule ist dann die beste Alternative, denn hier hat das Kind die Gelegenheit seine Schullaufbahn bis zur Klasse 10 individuell zu gestalten. Durch entsprechende Differenzierungen (die Gesamtschulen unterscheiden sich in ihren unterschiedlichen Schulprogrammen) kann das Kind im Laufe seiner Schuljahre in der Sekundarstufe I mehrere unterschiedliche Schulabschlüsse nach Klasse 10 erreichen.

Angefangen vom Hauptschulabschluss nach Klasse 9, Hauptschulabschluss Klasse 10, Fachoberschulreife (FOR) und die Fachoberschulreife mit Qualifikation (FOR Q).

Nach Erreichen des FOR kann man an der Gesamtschule in die Oberstufe (Sekundarstufe II) wechseln. Dort oder in einer anderen gymnasialen Oberstufe ist es möglich, die Schullaufbahn mit dem Abitur abzuschließen.

Die Eltern und ihre Kinder müssen sich also noch nicht nach der Klasse 4 festlegen, welche Schulform ihr Kind besuchen soll, da die Gesamtschule alle Schulformen integriert.

In unserer heutigen Gesellschaft werden viele Menschen nach ihrem Status bewertet. So auch die Schüler. Ist ein Schüler auf einer Hauptschule, kann es vorkommen, dass er gleich abklassifiziert wird. Am einfachsten ist es, man ist auf dem Gymnasium, dann „ist man wer“. Schüler auf einer Gesamtschule werden nicht automatisch vorstrukturiert, da

während der Schulzeit bis Klasse 10 ein durchlässiger Wechsel in die unterschiedlichen Differenzierungsformen möglich ist.

Auch die Zahlen der Anmeldungen sprechen für sich. Während die an den Hauptschulen ständig rückläufig sind, müssen an den Gesamtschulen viele Schüler abgelehnt werden, da nicht genügend Kapazität zur Verfügung steht. Also, mehr Gesamtschulen müssen gegründet werden, um möglichst vielen Kindern und ihren Eltern die Gelegenheit zu geben, sich nicht schon nach Klasse 4 entscheiden zu müssen, ob ihr Kind zu den „Gewinnern“ oder zu den „Verlierern“ in unserer Gesellschaft gehören soll.



**Reina Hausmann (parteilos) Sachkundige Bürgerin der Kreistagsgruppe DIE LINKE im Schulausschuss**

## Rekommunalisierung statt Privatisierung

**Die Daseinsfürsorge gehört in die öffentliche Hand und nicht in die von gewinnorientierten Unternehmen.**

Als Beispiel möchte ich die geplante Privatisierung der Bahn anführen, die ja bereits in England nach gnadenloser Gewinnmaximierung auf Kosten der Mitarbeiter und der Sicherheit gescheitert ist.. Um den Schienenverkehr weiter zu gewährleisten ist jetzt der Staat gezwungen

auf Kosten seiner Steuerzahler helfend eingzugreifen.

Die Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG) verkaufte gegen den Willen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ihren Wohnungsbestand, obwohl dieser schwarze Zahlen schrieb, an private Investoren, darunter auch Hedgefonds. Dies hat zur Folge, dass nur noch die Rendite zählt, die Bausubstanz verfällt und die Wohnqualität und der Wohnwert abnehmen und dies zum Nachteil der Mieter und ihrer Lebensqualität.

So lassen sich noch viele für den Bürger negative Beispiele, von der Energieversorgung bis zur Abfallentsorgung, Postdienstleistungen etc., aufzeigen.

Durch die Rekommunalisierung wird die regionale Wirtschaft stabilisiert. Vor allem werden durch die im öffentlichen Dienst gezahlten Tarife aus überwiegend prekären Arbeitsverhältnissen Dauerarbeitsverhältnisse mit ausreichendem Einkommen geschaffen.

Dadurch wird nicht nur die Binnenkonjunktur, sondern auch die Sozialversicherung gestärkt.

Die Privatisierungen nutzen nur den Unternehmen, die Arbeitnehmer werden zu einer rechtlosen Verfügungsmasse degradieren.

Dies kann nur eine starke Linke verhindern.



**Hans-Wilhelm Grütjen**  
Kreistagsabgeordneter DIE LINKE  
im Kreistag Rhein-Kreis Neuss

**Wer sich zum Wurm macht,  
soll nicht klagen,  
wenn er getreten wird.  
(Immanuel Kant)**

## **Raus aus Afghanistan!**

Um die 1200 tödliche Arbeitsunfälle - eingeschlossen die Wegeunfälle - ereignen sich jährlich in Deutschland, im einen Jahr ein paar mehr, im anderen ein paar weniger. Was für Angehörige, Freunde, Kolleginnen und Kollegen schrecklich ist, regt die Öffentlichkeit nicht sonderlich auf. Die Zahl scheint zu niedrig, selten sind ein paar Zeilen in der Lokalpresse zu finden. Ganz anders ist das bei den Arbeitsunfällen, die sich fern von hier, in Afghanistan ereignet haben.

Wenn Bundeswehrsoldaten dort ums Leben kommen, spiegelt sich das auf Titelseiten und in Leitartikeln wider. Dabei müssen die Soldaten doch um die Risiken ihres Jobs wissen, schließlich greifen sie fette Zulagen für den Dienst am Hindukusch ab.

Natürlich liegt der Fall anders als der eines Bauarbeiters, der vom Gerüst stürzt. Denn eigentlich dürften die Soldaten nicht fallen. Denn deutsche Soldaten anders einzusetzen, als zur Verteidigung der deutschen Grenzen, das verbietet das Grundgesetz. Und deshalb muss darüber gelogen werden, was da in Afghanistan tatsächlich vor sich geht.

Inzwischen 43 tote Bundeswehrsoldaten waren nötig, um von der "Aufbau-" zur "Stabilisierungsmission" über den "bewaffneten Konflikt" und - noch im Februar - den "kriegsähnlichen Zuständen" jetzt zum Begriff "Krieg" zu kommen.

Doch so nackt darf das Wort immer noch nicht dastehen, man könne "umgangssprachlich von Krieg reden", wovon Verteidigungsminister zu Guttenberg (umgangssprachlich „Kriegsminister“) noch einen dürrtigen Schleier um das eigentlich unaussprechliche Wort. Den

offenen Bruch mit dem Buchstaben des Grundgesetzes will er nicht riskieren.

Die Bundeswehrtoten der letzten Wochen brachten zu Guttenberg immerhin dazu, einzuräumen, dass "der Einsatz dort" gefährlich sei und auch bleibe. Übrigens: Die Zahl der durch Waffeneinsatz der Allianz ums Leben gekommenen afghanischen Zivilpersonen ist für diesen Minister kein Thema.

Nicht nur Berlin, die ganze Besatzerallianz scheint ratlos. Die Niederlande und Kanada ziehen die Konsequenz und ziehen ab. Auch den Faden, an dem sie den korrupten Hampelmann Karsai bisher führten, scheinen sie verloren zu haben. Und die Zustimmung der Völker: In der Bundesrepublik sprechen sich über 80 Prozent der Menschen gegen das Afghanistanabenteuer aus. Die Friedensbewegung hat sich auf den Ostermärschen zum Anwalt dieser Mehrheitsmeinung gemacht, indem sie die Forderung nach dem sofortigen Rückzug aus Afghanistan mit dem Motto "Atomwaffen abschaffen - Afghanistankrieg beenden" auf die Straße brachte.

Der Druck auf die deutschen Kriegsherren und -damen muss verstärkt werden. Das kann gelingen, wenn aus der Meinung der Vielen eine Haltung der Vielen wird.



**Manfred Idler (DKP)**  
Sachkundiger Bürger der  
Kreistagsgruppe DIE LINKE  
im Kulturausschuss

## Liebe Genossinnen und Genossen,

zum internationalen Tag der Arbeit grüßen wir Neusser Attacies Euch und wünschen Euch Kraft im gemeinsamen Kampf für eine gerechtere Welt.

Attac ist eine weltumspannende NGO – locker organisiert und jung. Seit zehn Jahren sind wir in Deutschland aktiv und in jüngerer Zeit verstärkt auch in Neuss. Man nennt uns die „Globalisierungsgegner“, denn wir bekämpfen die Ausbeutung durch weltweit agierende Strukturen wie Fonds, Banken und andere Spekulanten sowie multinationale Konzerne. Dabei sind wir durchaus für Globalisierung – nur gerecht und geordnet muss sie vollzogen werden.

Als einen sehr wichtigen Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit fordern wir die „Tobin-Steuer“ - eine Umsatzsteuer auf Produkte des Kapitalmarktes. Sie brächte das Geld, das für eine wirksame Entwicklungshilfe benötigt wird.

Weiter fordern wir das weltweite Verbot des Handels mit hochspekulativen „Wert“-papieren und die Wiederanbindung der Finanzwirtschaft an die Realwirtschaft. Letztlich kämpfen wir gegen Steueroasen, Lobbyismus und die immer engere Verquickung von Regierungen und Konzernen.

Geld muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Recht und Gesetze müssen dem Zusammenleben der Menschen dienen – nicht der Zerstörung sozialer Strukturen. Deshalb sind wir auch gegen politische Strukturen, die die UNO abwerten – wie etwa G8 oder G20.

Getreu dem Ruf, „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ bieten wir Euch bei vielen Eurer Themen Zusammenarbeit an – und erbitten zugleich Eure Unterstützung für unsere Arbeit. Denn wir haben nur diese eine Welt, von der in den kommenden 40 Jahren eine Trinkwasser-, eine Nahrungsmittel- und eine Klimakatastrophe verkraftet werden müssen und ein weiterer Bevölkerungsanstieg. Große Spannungen kommen auf uns zu – lassen wir alle gemeinsam nicht zu, dass diese mit Waffen gelöst werden!

Wir sagen, eine andere Welt ist machbar.

Aber nur, wenn die demokratischen Strukturen wieder die Macht zurückgewinnen und das internationale Kapital nicht länger bar jeglicher Kontrolle unsere Erde als seine private Spielwiese nutzen darf.



**Euer Lutz Hering**  
Attac OG Neuss

## Glosse

## Wie die Arbeitslosigkeit in Gänze beseitigt werden kann

Frankfurt/Bonn 0304.2010 - Die Arbeitslosenzahl von 3,57 Millionen liegt im März 2010 leicht unter dem Vorjahreswert, meldete die Bundesagentur für Arbeit. Diesen großartigen Erfolg zur Bekämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise verdanken wir der CDU/CSU und der SPD. Sie haben im Mai 2009 beschlossen, alle diejenigen, die den Vermittlungsbemühungen privater Agenturen zur Verfügung stehen, nicht mehr als arbeitslos einzustufen. Es handelt sich um 160000 Personen.

Das Institut für innovative Politik (IP) begrüßt das ausdrücklich. Der Leiter des Instituts, Prof. Dr. Dr. hc. Dieter Dummbeutel, kritisiert jedoch scharf die Halberzigkeit dieser Gesetzesänderung.

„Auch diejenigen, die den Vermittlungsbemühungen staatlicher Behörden zur Verfügung stehen, sollten nicht mehr als arbeitslos gerechnet werden.“

Die Diskriminierung staatlicher Bemühungen gegenüber privaten und die damit verbundene Wettbewerbsverzerrung auf dem Vermittlungsmarkt ist unerträglich. Deutschland könne seine weltweit führende Rolle bei der nachhaltigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur festigen, wenn endlich Anerkennung fände, dass Menschen, die in Vermittlungsprozessen seien, alles andere als arbeitslos und unbeschäftigt seien. Es könnte das erste Mal in der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft gelingen, eine Krise zu einer drastischen Senkung, wenn nicht gar Abschaffung der Arbeitslosigkeit zu nutzen.

Auch die Konsolidierung der Staatshaushalte wäre alsdann einfacher. Denn: „Schließlich ist es völlig unverständlich, dass Menschen, die nicht arbeitslos sind, auch noch Arbeitslosenunterstützungen erhalten“, erklärte der bekannte Wissenschaftler abschließend und bedauerte, dass die Bundesregierung ihre richtigen Ansätze nicht zu Ende denke.

**Pressemeldung Erwerbslosen Forum Deutschland und Klartext e. V.**

# E.ON, RWE entmachten!

Strom, Gas und Wasser wieder bezahlbar machen! Für eine Energieversorgung und Netze in Gemeineigentum – ökologisch, kommunal mit erneuerbarer Energie!  
[www.original-sozial.de](http://www.original-sozial.de)

## DIE LINKE.

